

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

25./26. September 2013

LANDWIRTSCHAFT

Gute Bilanz – große Aufgaben



Die brandenburgische Landwirtschaft war auf Antrag der LINKEN Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag. Anlässlich des guten Ernteergebnisses 2013 – trotz Wetterkapriolen im Frühjahr und Hochwasser – können wir feststellen: Die Betriebe in Brandenburg sind gut aufgestellt, sie sind wettbewerbsfähig. Über 36.000 Menschen finden Arbeit in der Landwirtschaft, sie ist und bleibt Rückgrat des ländlichen Raums. Große und kleine Betriebe leisten dazu ihren Beitrag. DIE LINKE wendet sich gegen Versuche, unterschiedliche Betriebsgrößen gegeneinander auszuspielen. Die Kappung von Fördermitteln der Europäischen Union

(EU) für größere Betriebe lehnen wir ab. Handlungsbedarf gibt es vor allem bei der Verarbeitung und regionalen Vermarktung brandenburgischer Produkte. Umfragen zufolge bevorzugen 92 Prozent der Verbraucher_innen regionale Produkte. Aber auf dem Berliner Markt liegt der Anteil brandenburgischer Produkte in den meisten Sparten unter vier Prozent. Während beispielsweise in der Milchverarbeitung Fortschritte gemacht wurden, gibt es in Brandenburg keinen größeren Betrieb zur Verarbeitung von Rindfleisch. Die Tierbestände liegen in Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt. Mehr Tierhaltung schafft auch mehr Arbeits-

plätze im ländlichen Raum. Ein Problem ist aber der zunehmende Trend zu großen Tierkonzentrationen in wenigen Anlagen. Die Tierproduktion muss an die Fläche gekoppelt werden: Nur so können regionale Kreisläufe bei der Versorgung angestrebt, nur so die umweltgerechte Verwertung der Gülle gewährleistet werden. Dabei müssen die Haltungsbedingungen den Ansprüchen der Tiere angepasst werden. Regionale Verarbeitung und Vermarktung erhöhen die Wertschöpfung in der Region, schafft Arbeitsplätze, vermeidet unnötigen Transport und kommt den Wünschen der Verbraucher_innen entgegen.

Das möchten wir von Seiten der Landespolitik weiter unterstützen. Zu diesem Zweck hat die Fraktion gleich nach der Landtagssitzung ein Fachgespräch mit Spezialist_innen und Praktiker_innen aus der landwirtschaftlichen Produktion und Vermarktung durchgeführt.

Zentral für die Landwirtschaft ist die neue Förderperiode der EU 2014 bis 2020. DIE LINKE tritt für die weitere Förderung ein und möchte sie stärker an soziale und ökologische Standards koppeln – für die Menschen im ländlichen Raum, für gesunde und regionale Lebensmittel, für mehr Tierwohl, für gesunde Böden und sauberes Wasser, für die biologische Vielfalt.

Dr. Michael-E. Luthardt
Sprecher für
Agrarwirtschaft und
ländliche Entwicklung



Bildung und sozialer Ausgleich – das ist der Weg unserer Finanzpolitik

Mit dem Nachtragshaushalt erhöhen wir unser Engagement für den Bildungsbe-
reich weiter und setzen das Verhand-
lungspaket mit den Gewerkschaften des
öffentlichen Dienstes um. Wir entlasten
Lehrer_innen zum Schuljahr 2014/15
durch Reduzierung der Pflichtstundenzahl
für die Grund- und Oberschule – damit
wird ein langjähriges Versprechen und
eine immer wieder von Lehrkräften
gestellte Forderung nach Entlastung von
uns umgesetzt. Hinzu kommen Erleich-
terungen für ältere Lehrkräfte: Wer 35
Dienstjahre aufzuweisen hat und 60 Jahre
alt ist, bekommt eine weitere Unterrichts-
stunde pro Woche Ermäßigung. Gleich-
zeitig wird die Einstellung von 400 jungen
Kolleg_innen ermöglicht.
Um dem Unterrichtsausfall an allen

Schulen in öffentlicher Trägerschaft ent-
gegenzuwirken, stellen wir zur Erhöhung
der Vertretungsreserve zehn Mio. Euro
zusätzlich ein. Mit fünf Mio. Euro werden
100 zusätzliche Stellen geschaffen – für
Lehrkräfte, die flexibel einsetzbar sind
und insbesondere der Vertretung langzei-
terkrankter Lehrkräfte dienen sollen. Für
weitere fünf Mio. Euro werden die Schulen
ein eigenes Budget erhalten, um einen
Pool von kurzfristigen Vertretungskräften
aufzubauen. Das können z.B. pensionierte
Lehrkräfte oder Referendare sein. Stich-
wort „Lebensphasengerechtes Arbeiten“:
Für Polizei, Feuerwehr und Justiz haben
wir mit dem Nachtragshaushalt Maß-
nahmen zur Entlastung für dienstältere
Kolleg_innen eingeleitet. Es wird - begin-
nend mit 2013 –

mehr Neueinstellungen bei der Polizei des
Landes Brandenburg geben. Der Einstel-
lungskorridor wird von 175 auf 240 er-
höht. Damit sollen die Belastungen für die
bislang im Dienst befindlichen Kolleg_in-
nen reduziert sowie der Personalbestand
insgesamt verjüngt werden.
Auch dieser Nachtragshaushalt trägt die
klare Handschrift der rot-roten Koalition:
Politik mit sozialem Augenmaß bei gleich-
zeitiger Haushaltskonsolidierung, mit den
Schwerpunkten: Bildung, Wissenschaft
und sozialer Teilhabe!

Christian Görke
Fraktionsvorsitzender,
Sprecher für Haushalts-
und Finanzpolitik



Biber-Verordnung

Der Landtag hat die Landesregierung
einstimmig beauftragt, eine Biber-Verord-
nung zu erlassen. Zudem soll sie Präven-
tionsmaßnahmen unterstützen, spezielle
„Bibermanager“ vorsehen und prüfen,
ob ein so genannter Akzeptanzfonds
eingrichtet werden kann. Damit wird
ein praktikabler und unbürokratischer
Weg zur Minimierung der Konflikte im
Zusammenleben von Mensch und Biber
eingeschlagen. Die Tötung von Bibern
darf dabei nur das allerletzte Mittel sein:
es kann nur erwogen werden, wenn alle
anderen Abwehrmöglichkeiten versagen.

Carolin Steinmetzer-Mann
Sprecherin für Umwelt-
und Abwasserpolitik



Gewässerunterhaltung: Gerecht und effizient



Die Wasser- und Bodenverbände in
Brandenburg leisten gute Arbeit: Die
Gewässerunterhaltung ist für den Hoch-
wasserschutz, die Landnutzung und den
Gewässerschutz unentbehrlich. Doch seit
Jahren gibt es heftigen Streit und gericht-
liche Auseinandersetzungen um die Ver-
bände. Mit zwei Landtagsinitiativen wird
eine Neuordnung angestrebt. In einem auf
Initiative der rot-roten Koalition
eingereichten, von CDU und FDP
unterstützten Gesetzentwurf wird auf ein
Gerichtsurteil reagiert. Die Arbeitsgebiete
der Verbände sollen besser an die Ge-
wässereinzugsgebiete angepasst werden
– und die Arbeit der Verbandsbeiräte wird
geregelt. Damit schaffen wir
Rechtssicherheit für Verbände, Kommu-
nen und Grundstückseigentümer_innen.
Auf Antrag der Koalitionsfraktionen
befürwortete der Landtag darüber hinaus

einstimmig die Einführung eines so ge-
nannten vorteilsorientierten Beitragsmaß-
stabs für die Unterhaltung der „Gewässer
2. Ordnung“ und beauftragte die Landes-
regierung mit der Prüfung verschiedener
Umsetzungsmöglichkeiten. Das bedeutet:
Wer mehr von der Gewässerunterhaltung
profitiert, soll auch mehr dafür bezahlen.
So könnten z.B. Eigentümer versiegelter
Flächen – die bisher häufig nur einige
Cent pro Jahr entrichten – etwas stärker
belastet werden, Waldbesitzer dagegen
weniger. Damit wird eine Forderung aus
dem Wahlprogramm der LINKEN von
2009 erfüllt.

**Carolin
Steinmetzer-Mann**
Sprecherin für Umwelt-
und Abwasserpolitik



NACHGEFRAGT

Ziel „Gute Arbeit“: Wir kämpfen weiter und nutzen jede Chance

Interview mit **Dr. Andreas Bernig** · Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaften

» **Welche konkreten Ansätze verbergen sich hinter diesem Ziel?**

„Gute Arbeit“ ist sicher, gesundheitsverträglich und bietet Mitsprachemöglichkeiten. Sie nutzt persönliche Potenziale und fördert Perspektiven, lässt aber auch genügend Zeit für gesellschaftliche Teilhabe und die Familie. Außerdem wird sie anständig und diskriminierungsfrei entlohnt – und bewahrt so auch vor Altersarmut. Das Konzept geht jedoch sehr viel weiter: Auch die Menschen, die noch nicht oder nicht mehr in Arbeit sind, sollen in diesem Rahmen unterstützt werden.

» **Welche Maßnahmen sind für die zuletzt erwähnte Gruppe – etwa Jugendliche ohne Ausbildung oder**

ältere Langzeitarbeitslose – vorgesehen?

Damit alle jungen Menschen die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten, müssen mehr Betriebe ausbilden. Daher sollen solche, die dieser Verantwortung nicht nachkommen, eine Ausbildungsumlage zahlen, die ausbildenden Betrieben zu Gute kommt. Wiederum für Langzeitarbeitslose vor allem mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen setzen wir uns für die Neuaufgabe eines nachhaltigeren und zukunftsfähigeren Konzepts des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) ein: mit dem Modell des Sozialbetriebs.

» **Welche konkreten Schritte konnte DIE LINKE in diesem Bereich bereits initiieren?**

In der jüngsten Landtagssitzung, am 26.9.2013, konnten wir hierzu einen Entschließungsantrag erfolgreich einbringen (DS 5/7996). Dessen erklärtes Ziel ist es, mit langfristigen, vor Ort abgestimmten, das Gemeinwohl fördernden Programmen den Betroffenen nicht bloß potentielle Arbeitsmarktintegration, sondern vor allem dauerhaft gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Neben Landes- und EU-Mitteln muss hierzu auch der Bund wieder stärker in die Verantwortung genommen werden!



Neue Wege: Konni Wehlan und Birgit Wöllert



Zwei wichtige Wahlen – und zweimal haben sich dabei für langjährige Mitglieder der Fraktion neue Handlungsfelder und damit auch Lebenswege eröffnet: Kornelia Wehlan (l.), zuletzt bei uns Sprecherin für Verkehrspolitik, Regionalplanung und Raumordnung und bekannt für ihre engagierte Arbeit für den Lärmschutz am Flughafen BER, wird neue Landrätin des Kreises Teltow-Fläming. Nach einem klaren, nur am Teilnahme-Quorum gescheiterten Direktwahlsieg und ihrer spektakulären Wahl im Kreistag wird Konni Wehlan nun die erste Landrätin von Brandenburg. Das bedeutet aber zugleich: Sie muss unsere Fraktion verlassen: Wir werden sie mehr als nur vermissen!



Birgit Wöllert ist auch ein großer Schritt gelungen. Unsere Sozial- und Gesundheitsexpertin ist über die Landesliste der Partei DIE LINKE in den Bundestag eingezogen und wird nun dort für rote Politik zum Wohl der Brandenburger_innen kämpfen. Das heißt: Auch hier steht über kurz oder lang ein Abschied aus dem Landesparlament an. Wir freuen uns über die Erfolge, aber natürlich sind wir auch ein bisschen traurig. Denn: Beide Wahlsiegerinnen haben für LINKE Politik nicht nur viel geleistet und erreicht: Sie waren und sind tolle Kolleg_innen und Menschen. Derzeit wird die Nachfolge der Beiden geklärt, wir berichten darüber rechtzeitig im Netz und im „L“-LINKSDRUCK.

Akteneinsicht

Der Landtag hat Verbesserungen beim Akteneinsichtsrecht beschlossen: Das Akteneinsichtsgesetz (AIG) wird anwenderfreundlicher, weil verständlicher. Denn jetzt werden die Behörden, in deren Akten Einsicht genommen werden kann, auch konkret benannt. Auch die Ausnahmebestimmungen – das sind die Institutionen, in deren Akten nicht geschaut werden kann – wurde auf unser Bestreben weiter reduziert. Und die seit Jahren von der LINKEN eingeforderte Ausweitung auf die Anfertigung von Kopien ist jetzt gesetzlich verankert.

Zudem ist ein Entschließungsantrag der Koalition beschlossen worden: Damit hält das Land Brandenburg Schritt mit der europaweiten Entwicklung hin zur Informationsfreiheit. So soll die Verwaltung des Landes von sich aus Daten auf einer einheitlichen Plattform zur Verfügung stellen. Diese sollen frei nutzbar sein, auch um wirtschaftliche Entwicklungen zu befördern. Da DIE LINKE einen breiten Zugang zu diesen Daten sichern möchte, ist der kostenfreie Zugang ohne Angabe von personenbezogenen Daten vorgesehen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Sprecher für Innenpolitik



Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- ◀ **AKTUELLE STUNDE auf Antrag der Fraktion DIE LINKE** zum Thema: Brandenburgs Landwirtschaft: gute Bilanz bei großen Herausforderungen
Drucksache 5/7926 · durchgeführt
- ◀ **Gesetzentwurf** zum Thema: Viertes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes
Drucksache 5/7322 · beschlossen
- ◀ **Antrag** zum Thema: Mehr Qualität und Verbindlichkeit in der Erwachsenenbildung - ein Perspektivvertrag für Brandenburg! (Mitantragstellerin: B90/Grüne)
Drucksache 5/7732 · angenommen
- ◀ **Gesetzentwurf** zum Thema: Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden
Miteinbringerinnen: Fraktionen der CDU, FDP
Drucksache 5/7920 · in Ausschuss überwiesen
- ◀ **Antrag** zum Thema: Kosten für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung gerechter verteilen
Drucksache 5/7924 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Arbeitsmarktintegration von arbeitslosen Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen durch eine zielgruppenspezifische Förderung
Drucksache 5/7996 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Moderne Verwaltung durch Open-Government-Data!
Drucksache 5/7998 · angenommen

Internet-Tipp: Die Anträge und Debatten im Parlament als Videos:
www.rbb-online.de/imparlament/index.html

Kommunen erhalten mehr Geld für Soziales

Unser Ziel war und ist es, den kommunalen Finanzausgleich solidarischer zu gestalten. Mit dem von der rot-roten Koalition initiierten Gesetzentwurf haben wir jetzt den Demografieansatz ausgeweitet und einen zusätzlichen Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich eingeführt. Das bedeutet: Durch die Ausweitung des Demografiefaktors auf fünf Jahre haben Kommunen mit großen Einwohnerverlusten mehr Zeit, ihre Strukturen entsprechend anzupassen. Mit dem Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich werden im nächsten Jahr zehn und ab 2015 20 Mio. Euro jährlich für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt. Brandenburgische Kommunen, die überdurchschnittlich belastet sind, bekommen auch überdurchschnittlich hohe Anteile aus dem Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich. Von den Mittelzuweisungen werden

gerade die Landkreise bzw. kreisfreie Städte profitieren, die eine ausgeprägte Einnahmeschwäche bei hohen Soziallasten aufweisen. Das wird sich positiv für berlinferne Landkreise und die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) auswirken. Mit dieser Novellierung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes leisten wir einen weiteren Beitrag für einen bedarfsgerechteren, an den realen Lasten orientierten Ausgleich. Gleichzeitig steuern wir den großen regionalen Unterschieden zwischen berlinnahe und berlinferne Raum entgegen. So kommen wir dem Verfassungsanspruch nach gleichwertigen Lebensbedingungen nach. Insgesamt wird der Sonderlastenausgleich zu einer besseren Finanzierung der übertragenen Sozial- und Jugendhilfelasten bei allen Aufgabenträger_innen führen



Stefan Ludwig
Sprecher für
Kommunalpolitik

Diskussion zu Heimen

Zum dritten Mal in wenigen Wochen ist aus der Jugendhilfeeinrichtung Neuendorf am See des Trägers Haasenburg GmbH ein Junge weggelaufen. Trotz der von ihm gestellten Anzeige im Zusammenhang mit seinem Heimaufenthalt wurde der Junge in die Einrichtung zurückgebracht. Der Vorfall macht erneut deutlich, dass sich auch an diesem Standort die Situation scheinbar nicht beruhigt hat. DIE LINKE fordert eine grundsätzliche Lösung im Umgang mit den Vorwürfen gegen die Haasenburg GmbH. Der Verbleib von Kindern, die schwere Vorwürfe gegen die Einrichtung erhoben haben, ist unverantwortlich. Den Kindern aufgrund ihrer Vergangenheit nur eingeschränkt zu glauben, ist ebenso nicht hinnehmbar: Kinderrechte gelten für alle Kinder. DIE LINKE drängt auf eine zügige Novellierung des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz). Dabei muss geprüft werden, ob die Maßnahme „Geschlossene Unterbringung“ in der Jugendhilfe abgeschafft werden kann. Die Fraktion veranstaltet gemeinsam mit den Kolleg_innen aus Hamburg bzw. dem Bundestag am 3. Dezember in Potsdam ein Fachgespräch.



Torsten Krause
Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe
FOTOS Titel (Ernte-Stilleben): DIE LINKE LTF BRB/Luthardt, Euro-Ausschnitt: webbstas/photocase.de, Flußlandschaft: DIE LINKE LTF BRB, Biber-Portrait: YTK/photocase.de, Portrait Konni Wehlan: DIE LINKE LTF BRB, Portrait Birgit Wöllert: DIE LINKE LTF BRB/Joachim Liebe

AUFLAGE

10 000 Stück
DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (Mdl)

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen

